

### Mit Grün aus der Krise...

Nur grüne Kandidaten stehen für eine zukunftsfähige Politik. Der Neuköllner Stachel stellt sie vor und nennt 10 gute Gründe, sie zu wählen.

Seite 2

### Kultur-Lotsen-Projekt für Neukölln

Die Neuköllner Jugendstadträtin Gabi Vonnekold nennt Verursacher für verfehlte Integrationspolitik beim Namen...

Seite 3

### Rotlichtviertel in Neukölln?

Einwohnerversammlung offenbart Probleme im Flughafengebiet, Anwohnerinitiative fordert Politik zum Handeln auf, aber die ist ratlos...

Seite 4

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 169, III /2009

## Zur Bundestagswahl:

## Anja Kofbinger für Neukölln



### Anja Kofbinger, die Kandidatin

Seit drei Jahren bin ich grünes Mitglied im Abgeordnetenhaus und vertrete dort die Interessen von Frauen, Lesben und Schwulen und - im Rahmen meiner Tätigkeit im Petitionsausschuss - Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen. Vor allen Dingen in der letzte Gruppe treffe ich häufig auf Hilfesuchende aus Neukölln. Das Job-Center Neukölln hat die höchste Fallzahl in Berlin, dementsprechend hoch ist auch die Fehlerquote. Leidtragende sind die AntragstellerInnen, auf deren Rücken werden Personalnot und Konzeptlosigkeit ausgetragen. Das ist die gesellschaftspolitische Bankrotterklärung der großen Koalition.

### Persönliches:

1960 geboren in Gelsenkirchen

1979 Abschluss als

Vermessungstechnikerin

1982 Abitur

1987 Umzug nach Berlin

1997-2001 Mitglied im Landes-

vorstand der GRÜNEN und

Frauenreferentin

2003-2006 Geschäftsführerin der

GRÜNEN in Fried-Kreuzb.

seit 2006 Mitglied im Abgeord-

netenhaus als frauenpolitische

und lesben- und schwulenpoli-

titische Sprecherin, Mitglied im

Petitionsausschuss

Wirklich Wichtiges:

Seit Mai 2007 verpartnert mit Anja

Kofbinger, geb. Lippold.

Kontakt zur Kandidatin, Sprechstunde:

Mi 17-18 Uhr; Grüne Geschäftsstelle

Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9,

12043 Berlin, [www.kofbinger.de](http://www.kofbinger.de)

### ...übrigens:

Der Neuköllner Stachel

ist auch online verfügbar:  
[www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de)

Am 27. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Für die GRÜNEN in Neukölln tritt als Direktkandidatin im Wahlkreis 83 Anja Kofbinger an. Der Neuköllner Stachel stellt sie als Person und Politikerin vor. Anja Kofbinger will am 27. September die Erststimmen aus diesem Wahlkreis haben und die Interessen Neuköllns kraftvoll und engagiert im Bundestag vertreten.

## Und dafür steht Anja Kofbinger:

### Soziale Teilhabe für alle!

fünf mal hintereinander nicht in der Lage einen Vorstandsposten in den landeseigenen Betrieben mit einer Frau zu besetzen, obwohl es das Gesetz und die Verfassung von Berlin so vorsehen.

Soziale Teilhabe für alle! fünf mal hintereinander nicht in der Lage einen Vorstandsposten in den landeseigenen Betrieben mit einer Frau zu besetzen, obwohl es das Gesetz und die Verfassung von Berlin so vorsehen.

Wir wollen das Arbeitslosengeld II (ALG II) auf 420 Euro erhöhen, damit auch Menschen ohne Erwerbseinkommen am gesellschaftlichen Leben angemessen teilhaben können. Ich bin für eine Kindergrundsicherung. Dies ist für einen Bezirk wie Neukölln, der einer der kinderreichsten ist, ein besonders wichtiger Aspekt.

### Frauen nach vorn!

Ein zentrales Anliegen, dass ich im Bundestag vertreten möchte, ist die Frauenpolitik. Ich beschäftige mich seit über 20 Jahren damit, und was die große Koalition in den letzten Jahren daraus gemacht hat, ist ein Trauerspiel. Bei der CDU/CSU ist sie nicht existent, weil sie ausschließlich Familienpolitik macht, und bei der SPD ist Frauenpolitik immer noch „Gedöns“.

Es ist Zeit zu handeln: Klare gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte, durchsetzbare Gleichstellungsvereinbarungen, echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Bewertung von Arbeitsleistung, die auch pädagogische und kreative Leistungen anerkennt, müssen endlich Teil von Recht und öffentlicher Tarifpolitik werden. Wie wichtig unsere Forderungen sind, sieht man auch an der aktuellen Situation in Berlin. Der zuständige Frauensensor von der Linken war

### Gleiche Rechte für alle!

Eine gleichberechtigte Teilhabe aller am Leben in diesem Land ist für die Grünen ein zentrales Anliegen. Sie verstehen sich als Anwältin der Generationen, der Geschlechter und der Bürgerrechte. Ein wichtiger Aspekt meiner politischen Arbeit ist die Antidiskriminierungspolitik. Als lesben- und schwulenpolitische Sprecherin bin ich seit vielen Jahren auch in der Bundpolitik aktiv. Mein größter politischer Erfolgswahrscheinlich meine Mitwirkung bei der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft im Jahr 2001. Doch gerade hier ist auch noch viel zu tun. Ich setze mich als begeisterte Homosexuelle natürlich für die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule ein. Was das allergrößte Spannen seit einigen Jahren hat, will ich auch für mein Land. Die Bundesrepublik Deutschland muss endlich die von der EU geforderten Normen erfüllen und aufhören, einen Teil ihrer Bevölkerung systematisch ungleich zu behandeln. Für das Berliner Abgeordnetenhaus habe ich zusammen mit meinem Kollegen Thomas Birk einen Berliner Aktionsplan gegen Homophobie eingebracht, der im April auch einstimmig im Parlament verabschiedet wurde. Das will ich auch auf der Bundesebene erreichen, denn Homo- und Transphobie gehören immer noch zu unserem Alltag.

**Wir GRÜNEN haben mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag nicht nur zu den angesprochenen Themen unsere Vorschläge unterbreitet, wie unsere Gesellschaft in Zukunft besser funktionieren und die Menschen in diesem Land besser arbeiten, wirtschaften und zusammenleben können.**

Aus der Krise hilft nur grün, deshalb bitte ich Sie am 27. September um ihre Stimme.

Ihre Anja Kofbinger

## Neuköllns schöne Seiten

## Saalbau Neukölln wird zum Heimathafen



Als der Saalbau Neukölln im Jahr 1990 wiedereröffnet wurde, war zugleich ein kultureller Mittelpunkt für Neukölln neu entstanden. Der Große und der Kleine Saal, die Galerie im Vorderhaus und das Cafe Rix mit Biergarten boten vielfältige Möglichkeiten für kommunale Kulturarbeit im historischen Ambiente. Und so war die Geschichte des Saalbaus - und sie ist es noch heute - nicht nur ein Spiegel der rasanten Entwicklung des Bezirks vom Dorf Rixdorf zur Großstadt, sondern auch Zeugnis einer geglückten Rettung dieses einmaligen baulichen Ensembles.

Das 1876errichtete und 1899 erweiterte Gasthaus mit zwei Sälen und einem Gartencafe war Ort des Vergnügens und Treffpunkt der Rixdorfer Gesellschaft. Ausstellungen, Konzerte und Theateraufführungen prägten zunächst das kulturelle Leben. Ab 1915 wurde auch Kino „gemacht“. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte der Saalbau zu den beliebtesten Einrichtungen der Berliner Kulturlandschaft. Der Große Saal musste 1968 jedoch baupolizeilich gesperrt werden. Die Gebäude verfielen und waren bald reif für den Abriss. Die Rettung kam mit den Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier der Stadt und der Besinnung auf Tradition und Identität. Die historische Substanz des Ensembles wurde unter Denkmalschutz gestellt und für einen modernen Veranstaltungsbetrieb hergerichtet. Noch heute vermittelt der Große Saal den Eindruck eines Salontheaters um die vorletzte Jahrhundertwende. Anteil hat daran auch das ehemalige Hochbauamt des Bezirks Neukölln, das 1983 bis 1989 die Rekonstruktion des Saalbaus sehr sensibel betreute...

Der Große Saal wurde und wird genutzt für viele Formen des Theaters, wegen der ausgezeichneten Akustik für Konzerte. Und auch für Kindertheater, Festakte, Bälle und Konferenzen bietet er einen angemessenen Rahmen. Dann wurde die Kostenbremse auch im

Neuköllner Kulturbereich angezogen: „Das Bezirksamt Neukölln sieht sich aufgrund anderweitiger massiver finanzieller Belastungen finanziell nicht mehr in der Lage, den Saalbau Neukölln angemessen zu betreiben“, hieß es aus dem Rathaus Neukölln. Das Bezirksamt beschloss die Verpachtung des Saalbaus, jedoch mit der Auflage, „das geschichtsträchtige Gebäude weiter als Kulturzentrum zu nutzen und weiterhin ein Haus zu sein, das sich der besonderen Wünsche und Ansprüche der Neuköllner sozio-kulturellen Landschaft annimmt“.



Der neue Betreiber Heimathafen will „mit aktuellen Stücken das heutige Neukölln auf die Bühne zurück holen“.

Sein Versprechen: In der Karl-Marx-Straße haben von jetzt an unterschiedliche kulturelle Aktivitäten unter einem Dach Platz. Da ist für jeden was dabei: Neben Eigenproduktionen im Schauspiel und Musiktheater sowie ausgewählten Gastspielen gibt es Konzerte, die samstägliche BallhausDISKO, Lesungen, den größten Neuköllner Dichterwettbewerb „Saalslam“, die Open Stage „Avanti Dilettanti“, einen Theaterjugendclub und mehr.

Willkommen Heimathafen in der Karl-Marx-Straße 141!

Wieder eine schöne Seite Neuköllns, und ein Leuchtturm für die Zukunft dieser Straße.

jüb





Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlaments:

**Bericht aus Brüssel**



**Fahrgastrechte endlich gestärkt**

Die neue Richtlinie der EU zu den Fahrgastrechten in Deutschland ist in Kraft getreten. Auf Grund des Einsatzes des Europäischen Parlaments gelten diese Fahrgastrechte nicht nur im internationalen Verkehr - wie von Rat und Kommission gewollt - sondern im gesamten Fernverkehr der EU.

Laut dem neuen Gesetz bekommen Reisende, die mit mehr als einer Stunde Verspätung ankommen, künftig 25 Prozent des Reisepreises erstattet. Beträgt die Verspätung mehr als zwei Stunden, steigt die Rückerstattung auf 50 Prozent. Dieser Betrag muss auf Wunsch in bar ausgezahlt werden.

Die Richtlinie schreibt darüber hinaus die Möglichkeit zur Mitnahme von Fahrrädern in allen Zügen vor, auch in Hochgeschwindigkeitszügen, „wenn es leicht zu handhaben ist und den Betriebsablauf nicht stört“. Dass dies möglich ist, wird bereits im Eurostar zwischen Paris und London, im neuen Thalys (Hochgeschwindigkeitszüge, die auf der Strecke Paris-Brüssel-Köln-Amsterdam verkehren und gemeinsam von den Eisenbahnen Deutschlands (Deutsche Bahn AG), Frankreichs (SNCF), Belgiens (SNBC) und der Niederlande (NS) betrieben werden) zwischen Köln, Brüssel und Paris (die alten Züge des Thalys werden nachgerüstet) sowie im TGV zwischen Stuttgart und Paris unter Beweis gestellt. Einzig die Deutsche Bahn weigert sich bisher beharrlich, ihren Passagieren die Mitnahme von Fahrrädern im ICE zu ermöglichen.

Wir Grüne fordern daher den neuen DB-Chef Rüdiger Grube auf, endlich auch im ICE die Fahrradmitnahme zu ermöglichen, damit die steigende Zahl der Fahrradtouristen nicht länger durch das zusätzliche Umsteigen sowie die verlängerten Fahrtzeiten abgeschreckt wird.

**Übrigens: An dieser Stelle gratuliert der Neuköllner Stachel seinem „Serien-Autor“ Michael Cramer zur Wiederwahl in das Europa-Parlament und wünscht weiterhin Erfolg!**



**Zur Bundestagswahl:**

**Mit Grün aus der Krise**

**Eigenständig und offensiv für eine zukunftsfähige Politik**

*Bei der Bundestagswahl am 27. September werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden müssen, wie die ökologischen und sozialen Probleme in der globalisierten Welt am besten gelöst werden können.*

*Wir Bündnisgrüne sind uns einig: Weder die Fortsetzung des Stillstands mit der Großen Koalition, noch Schwarz/Gelb mit seinen neoliberalen Politikvorstellungen sind bereit und in der Lage, eine wegweisende und zukunftsfähige Politik zu gestalten.*

*Der Neuköllner Stachel stellt die Kandidatinnen und Kandidaten vor, die für Bündnis 90/Die Grünen die Berliner Landesliste anführen. Für eine zukunftsweisende Politik:*



**Renate Künast**

*Die große Koalition wirft planlos mit Milliarden um sich. Programme wie die Abwrackprämie nutzen weder der Industrie noch unserer Umwelt. Sie bringen stattdessen Schulden, ohne unserer Wirtschaft nachhaltig zu helfen. Wir brauchen eine Politik, die langfristig denkt und nicht nur Teilprobleme löst. Wir müssen auf eine neue strategische Wirtschaftspolitik umschalten, die Wirtschaft und Umwelt endlich fest verbindet.*



**Wolfgang Wieland**

*...die bisherige Große Koalition ablehnen und ausschließen, zu Schwarz-Gelb sozusagen dazuzusteigen. Ansonsten gilt die Aussage, dass wir unsere grünen Inhalte durchsetzen wollen, dass wir durchaus regierungsbereit und regierungsfähig sind. Wenn man die Gesellschaft ökologisch umgestalten will, gibt es auch mit der FDP keine Möglichkeit des Zusammengehens.*



**Wer grün wählt, stimmt:**

- Für 1 Million neue Jobs in Klimaschutz, Umwelttechnik, Bildung, Sozialem, Gesundheit und Pflege in den nächsten 4 Jahren.
- Für konsequenten Klima- und Umweltschutz, Begrenzung der Erderwärmung auf höchstens 2 Grad.
- Für mehr soziale Gerechtigkeit durch Mindestlöhne nicht unter 7,50 Euro, Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf vorerst 420 Euro, eine Bürgerversicherung im Gesundheitssystem.
- Für mehr Einsatz gegen Hunger und Armut in der Welt durch gerechte Globalisierung, fairen Handel und eine bessere Entwicklungszusammenarbeit.
- Für Atomausstieg, Abschaltung von 7 Atomkraftwerken, Umstieg auf Erneuerbare Energie und Energieeinsparungen.
- Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen in Führungspositionen.
- Für längeres gemeinsames Lernen in Schulen, gleiche Bildungschancen für alle Kinder und gegen Studiengebühren.
- Für den Schutz der Privatsphäre, gegen Schnüffelstaat und Schnüffelwirtschaft. Für die Freiheit des Internets, für das Ende der Speicherung von Daten auf Vorrat und Verdacht.
- Für starke Verbraucherrechte, gegen Gentechnik auf Tellern und Äckern.
- Für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen, bessere Konfliktprävention und zivile Konfliktlösung. Gegen die Wehrpflicht.



**Die Bündnisgrünen Neukölln laden zu folgenden Veranstaltungen zur Bundestagswahl ein:**

- 19.8., 16 Uhr: Siebdruck-Workshop: „Ich mach‘ mir ein Anja-Shirt“
- 28.8., 20 Uhr: Film mit Diskussion, wir zeigen den Film „Home“
- 4.9., 20 Uhr: Film mit Diskussion, wir zeigen den Film „Die Wolke“
- 11.9., 20 Uhr: Film mit Diskussion, Film (angefragt) „David gegen Monsanto“, Termin nachfragen;
- 18.9., 20 Uhr: Film mit Diskussion, Film (angefragt) „Let’s Make Money“ Termin nachfragen;

**Alle Termine in der grünen Geschäftsstelle, Berthelsdorfer Straße 9**



**Lisa Paus**



*Wirtschaftspolitik heißt für mich, den Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sinnvoll zu gestalten. Dabei ist mir besonders wichtig, dass Ökologie, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit nicht auf der Strecke bleiben. Außerdem stehe ich für eine Innovationspolitik, welche die vielfältigen ungenutzten Möglichkeiten in Umwelt- und Energietechnik ausschöpft.*

**Özcan Mutlu**



*Vor einem Jahr wurden mehrere Berliner Schulen zu Gemeinschaftsschulen. Zum Kern des Pilotprojektes gehören längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung aller SchülerInnen. Bündnis 90/Die Grünen ziehen nach einem Jahr Bilanz: Die Gemeinschaftsschule hat sich im Alltag bewährt. Die bisherigen Sprachfördermaßnahmen, wie Deutsch als Zweitsprache müssten dringend evaluiert werden. Die Universitäten müssen endlich Lehrstühle für Sprachförderung einrichten.*

**Anja Kofbinger**



*Rot-Rot drückt sich um ein klares Bekenntnis zu mehr Frauen in Führungspositionen. Unsere Forderung: Die bisher praktizierte Vergabe von Führungspositionen in Landesunternehmen nach Gutsherrenart beenden. Denn bisher waren offensichtliche Gesetzesverstöße mit dem Ziel, Frauen aus Führungspositionen fernzuhalten, für Rot-Rot an der Tagesordnung.*

**Grüne Positionen...**

**Computerpannen in Berliner Bürgerämtern**

*Thomas Birk, grüner Sprecher für Verwaltungsreform hat Fragen*

Die Geduld der BürgerInnen wird in Berlins Bürgerämtern derzeit stark strapaziert: Sie müssen nicht nur die Warteschlangen durchstehen, sondern kommen mitunter vergebens zum Amt, weil die Computer-Programme ausgefallen sind. Ende Juli legte eine Softwarepanne die Führerscheinstelle und die Einwohnermeldeämter lahm. Für sämtliche Ausfälle ist das Dienstleistungszentrum, vom Senat beauftragt, verantwortlich.

Bündnis 90/Die Grünen erinnern Senat und Dienstleister an ihre Bringschuld, wenn es Ausfälle und Pannen bei öffentlichen Dienstleistungen gibt. Die BürgerInnen haben mit ihren Steuergeldern für eine Leistung im Voraus bezahlt und haben damit Anspruch auf eine verlässliche Dienstleistung. Deshalb werfen die Pannen in den Bürgerämtern Fragen auf: Sehen die Verträge des Landes Berlin mit dem Dienstleister Strafbestimmungen bei solchen Ausfällen vor? Wer haftet? Wie entschädigt der Senat die BürgerInnen, die vergeblich aufs Amt kamen? Wie können zukünftig solche Ausfälle vermieden werden? Innensenator Körting ist gefragt!!



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte: Vorstandssprecher: Jochen Biedermann, Tel: 0163 2891707 Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 440629, 12006 Berlin

**Internet:** <http://www.gruene-neukoelln.de> Mail: [vorstand@gruene-neukoelln.de](mailto:vorstand@gruene-neukoelln.de) **Bezirksgruppe:** Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der Geschäftsstelle der Grünen, Berthelsdorfer Str. 9 (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen).

**Kontakttelefone** **Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:** Susanna Kahlefeld, 687 82 12 **Stadtentwicklung, Grünflächen:** Jürgen Biele, 663 56 40 **Frauen:** Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73 **Gesundheit, Umweltschutz:** Gabriela Gebhardt 603 77 54 **Homepage der Bezirksgruppe:** Jochen Biedermann, 0163 2891707 **Soziales und Verkehr:** Bernd Szczepanski, 625 72 54 **Wirtschaft:** Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.: Jürgen Biele (jüb), Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Gabriele Vonnekold, Michael Cramer, Hanna Schumacher, Heinz Wagner, Bernd Szczepanski, Susanna Kahlefeld, Jakob Noack, Bertil Wewer; *Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.* Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18. Oktober 2009



# Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

## Einwohner fragen

Begonnen hat die letzte Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vor der Sommerpause mit einer Einwohnerfragestunde. Die Einwohner haben dabei die Gelegenheit, ihre vorher schriftlich eingereichten Fragen vom Bezirksamt beantwortet zu bekommen. Wichtigstes Thema war erneut der Campus Rütli: Sechs Fragen drehten sich um die geplanten Erweiterungen für den Campus Rütli und wurden daher zusammenfassend von Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) beantwortet. Den Fragestellern ging es vor allem um die Kleingärten, die dem neuen Campus weichen sollen. Das Bezirksamt erläuterte, dass das gesamte Gelände für die Errichtung eines Campus mit integriertem Gymnasium benötigt werde. Nur so könne ein vollwertiger Campus entstehen, der auch den Kindern im Reuterkiez angemessene Bildungschancen biete. Trotzdem war die Debatte eher unerquicklich. Von Seiten des Bezirksverordnetenvorstehers Jürgen Koglin (SPD) wurde der Debattenbedarf der anwesenden Bürger abgeübelt: Es seien nur Fragen zulässig, Statements dürften in der Bürgerfragestunde nicht abgegeben werden. Für die bündnisgrüne Fraktion steht fest: Bürgerfreundlichkeit sieht anders aus! In einer Bürgerfragestunde muss es möglich sein, Anliegen von Bürgern mit diesen zu diskutieren. Wenn die Geschäftsordnung der BVV das nicht hergibt muss sie eben geändert werden.

## Neuköllner BVV gegen Bebauung am Columbiadamm

Die eigentliche BVV-Sitzung startet dann gleich mit einer von der bündnisgrünen Fraktion eingebrachten Entschließung: „Die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung

lehnt die geplante Bebauung des Tempelhofer Feldes am Columbiadamm in dem im derzeitigen ausliegenden Flächennutzungsplan vorgesehenen Umfang als überdimensioniert ab. Sie unterstützt das Bemühen des Bezirksamtes, sich mit schriftlichen Einwendungen und in stadtplanerischen Arbeitsgruppen den beabsichtigten Änderungen entgegenzustellen.“

Die Entschließung wurde dann auch einstimmig angenommen (bei Enthaltung der FDP, natürlich!).

## Schulneubauten mit Solardächern?

Bei den nun folgenden Mündlichen Anfragen an das Bezirksamt, wollten die grünen Bezirksverordneten wissen, warum sich keine Neuköllner Schule an dem Projekt „Solarstrompark Berliner Schulen“ beteiligt. Die Antwort in aller Kürze: Es gäbe momentan keine geeigneten Schuldächer in Neukölln (!), aber bei den geplanten Schul-Neubauten der Clay-Schule und der Leonardo-da-Vinci-Schule könne das sicher berücksichtigt werden.

## Baumfällungen im Internet?

Zu einer kleinen Besonderheit in dieser BVV-Sitzung kam es, als die *Beschlussempfehlungen* an der Reihe waren. Beschlussempfehlungen sind Ergebnisse von Ausschussberatungen und werden normalerweise in der BVV ohne Ausspracheabgestimmt. Die grüne Fraktion hatte aber darauf bestanden, die Beschlussempfehlung „geplante Baumfällungen nicht im Internet zu veröffentlichen“ noch im Plenum zu besprechen. Hier wurde begründet, warum die Neuköllner Bündnisgrünen diese Beschlussempfehlung ablehnen: „... weil wir nicht verstehen können und wollen, warum Ort und Grund von bevorstehenden Baumfällungen nicht

öffentlich gemacht werden.“ Viele Berlinerinnen und Berliner hängen an ihren Straßenbäumen. Es erscheint angemessen, hier mehr Transparenz herzustellen.

## Große Anfragen

Nun waren die „großen Anfragen“ an der Reihe. Thematisch und inhaltlich ging es wild durcheinander. Während sich die SPD um die Zukunft des Jobcenters sorgte, versuchte die CDU-Fraktion noch einmal die Wohnungsbordelle im Flughafenkiez zu skandalisieren. Die bündnisgrüne Fraktion hatte eine große Anfrage zu der Anzahl der Einbürgerungen in Neukölln. Die Antwort des Bezirksamtes ergab, dass die Zahl der Einbürgerungen in Neukölln im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Prozent gestiegen ist. Damit stellt sich Neukölln gegen den Landestrend (-10,6 Prozent) und auch gegen den Bundestrend (-16 Prozent) bei den Einbürgerungen. Mit einer zweiten großen Anfrage wollten die Bündnisgrünen noch einmal in die Debatte um die Bebauung am Columbiadamm einsteigen, aber der späte Abend ließ das nicht mehr zu.

## Anträge in die Fachausschüsse

Alle Anträge, die zu dieser BVV gestellt worden waren, hatte zuvor schon der Ältestenrat in die dafür zuständigen Ausschüsse überwiesen, so auch das grüne Antragspaket zur Verkehrsberuhigung an der Silberstein-Schule und die ebenfalls grünen Anträge, die Anzengruber- und die Schönstedtstrasse entgegen der Fahrtrichtung für Radfahrerinnen und Radfahrer zu öffnen.

Gegen 23:00 Uhr verabschiedete sich die Bezirksverordnetenversammlung dann in die Sommerpause. Die nächste BVV-Sitzung, in der der Neuköllner Haushalt für 2010/2011 verabschiedet wird, findet am 23.09.2009 statt.

Heinz Wagner und  
Hanna Schumacher

## Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

### Vom Bock zum Gärtner

Innenminister Schäuble feiert in Neukölln ein Kultur-Lotsen-Projekt, das die Probleme lindern soll, die seine Politik verursacht hat...

von Gabriele Vonnekold



Neulich kam der Bundesminister des Inneren Wolfgang Schäuble (CDU) mal nach Neukölln, um gemeinsam mit der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen (auch CDU), ein Projekt junger Kultur-Lotsen vorzustellen. Neukölln als inzwischen fast weltweit bekannter Brennpunktbezirk bietet ja eine gute Kulisse für Pressekonferenzen zu diesen Themen. Man kann sich hier so schön mit - wahlweise - netten oder gefährlichen jungen Migranten fotografieren lassen. Dazu gab es viele warme Worte über die Erfolge der Integrationspolitik und die Notwendigkeit, die Integration weiter voran zu treiben.

## Ein schales Gefühl...

Es befällt einen schon ein schales Gefühl, wenn man bedenkt, dass gerade die jahrzehntelange Weigerung der CDU, Migrantinnen und Migranten überhaupt als Einwanderer zu betrachten, die entscheidende Grundlage für die Mehrzahl unserer heutigen Probleme bei der Integration bildet. Mangelnde Förderung beim Spracherwerb und bei der Bildung für Migranten allgemein und besonders die hanebüchene Flüchtlingspolitik mit Arbeitsverbot und Unterbringung in Massenunterkünften, wenn möglich weit ab vom Rest der Bevölkerung, haben die Integration massiv be-

wenn nicht verhindert. Die gezielte Aussonderung trägt noch immer böse Früchte, denn wer lange nicht dazugehören darf, will es auch irgendwann nicht mehr.

## Späte Einsicht

Jetzt nach vielen Jahren hat auch die CDU einsehen müssen, dass unsere immer älter werdende Bevölkerung ohne Zuzug nicht gut überleben kann, und nun soll die Integration ganz schnell gehen. Schäuble hat inzwischen sogar den Islam entdeckt, aber auch bei seiner Islam-Konferenz ging es mehr um schöne Fotos, als um die Lösung konkreter Probleme.

Daneben setzt er Zuwanderer aus muslimischen Staaten auch gern mal unter Generalverdacht des Terrorismus, denn Moslems eignen sich, mit Ausnahme natürlich derer, mit denen er dann und wann konferiert, wunderbar zum Erschrecken der Bevölkerung, damit man Freiheitsrechte bequem und ohne lästigen Widerspruch einschränken kann.

## Kein Vorreiter der Inegration

In seiner sonstigen Politik ist Herr Schäuble auch nicht wirklich ein Vorreiter der Integration, so verweigert er den meisten Migrantengruppen immer noch hartnäckig des Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft, was viele Menschen davon abhält deutsche Staatsbürger werden zu wollen. Diejenigen, die es trotzdem anstreben sollen aber, seiner Meinung nach, erstmal beweisen, dass sie die Staatsbürgerschaft auch verdienen, durch jahrelangen geduldigen Hürdenlauf durch die Behörden und durch Tests, die viele deutschstämmige Bundesbürger nicht so ohne Weiteres bestehen würden.

Auch bei seinem Besuch in Neukölln waren die Probleme, die aus der verfehlten CDU-Politik vieler Jahre resultieren, wie Bildungsferne, Armut oder Gewalt, nicht sein Thema. Denn auch mit vielen guten Projekten lassen sich die Probleme bestenfalls mildern, aber nicht lösen.

## Nur radikales Umdenken bringt Chancen auf Teilhabe

Was wir brauchen, ist ein radikales Umdenken in der Integrationspolitik. Integration muss bereits bei den ganz kleinen Kindern beginnen und darf bei Oma und Opa nicht enden. Alle müssen reelle Chancen auf Teilhabe erhalten und dazu müssen die Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen, aber auch die Volkshochschulen, die sozialen Dienste, das Gesundheitswesen und die Senioren- und Pflegeeinrichtungen so ausgestattet werden, dass dies täglich und überall gelingen kann, und nicht der ständige Mangel durch einige „Projektblüten verdeckt wird...“

## Grüne Fraktion legt Halbzeitbilanz vor

Mit der Halbzeitbilanz wollten wir kritisch beleuchten, wo wir zu Beginn der Wahlperiode gestartet sind, wo wir heute stehen und welches Stück Weg wir dabei noch gehen müssen.

Grundlage war das grüne kommunale Wahlprogramm von 2006, hier steht unverfälscht und klar drin, was Grüne im Bezirk wollen.

## Schuldnerberatung

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Jobcenter eng mit der Schuldnerberatung kooperiert. Schuldnerberatung geht auch mit Aufklärungsarbeit an die Schulen.

## Bildung

Zwanzig Schulen werden durch das Konjunkturprogramm II renoviert und teilweise energetisch saniert. Sprachkurse an der Volkshochschule Neukölln sind ausgeweitet worden.

## Campus Rütli

Mit dem neuen Schuljahr sind die Mensa und die naturwissenschaftlichen Fachräume nutzbar. Im kommenden Jahr wird mit dem Bau der Quartiershalle begonnen.

## Migrationsbeirat

Der Migrationsbeirat muss politischer werden, er muss und will sich in die Neuköllner Politik einmischen.

## Hörberatungsstelle

Die Verantwortung dafür ging nach Friedrichshain-Kreuzberg, der Standort

Neukölln konnte erhalten werden.

## Karl-Marx-Straße

Wir haben frühzeitig Planungsvorschläge für die Neugestaltung der Karl-Marx-Straße entwickelt, entgegen den ursprünglichen Plänen der Zählgemeinschaft, die dort die Einrichtung einer Fußgängerzone vorsahen. Wenn auch die SPD wenig Neigung zeigt, unseren Vorstellungen zu folgen, haben die Untersuchungen des Senats unsere Vorstellungen eindeutig bestätigt.

## Kindl-Gelände

Wir begleiten die Diskussionen in allen Ausschüssen und bereichern sie mit eigenen Vorstellungen und Vorschlägen.

## Umgestaltung von Richardplatz und Böhmischen Dorf

Hier haben wir viel Arbeit investiert, bei den BürgerInnenveranstaltungen unsere Vorschläge eingebracht. Die dann bewerteten Ergebnisse wurden von uns allerdings zum Teil anders

eingeschätzt, so dass wir dies in der Zählgemeinschaft nochmals zur Diskussion stellten und Änderungen erreichten.

## Verkehrsentwicklung

Dazu konnten wir einiges als Erfolg verbuchen: Aufstellung sicherer Fahrradabstellanlagen, Einrichtung von Fußgängerüberwegen, Veränderung von Ampelschaltungen oder Anregungen zur Verbesserung und Erweiterung des Radrouthenetzes.

## Energie und Klima

Auf Grund unserer Anträge zu diesem Thema hat sich einiges bewegt. Mit der Einführung des bezirklichen Facilitymanagements wird eine zentrale Erfassung und Auswertung des Energieverbrauchs der bezirklichen Gebäude möglich. Energiepässe der bezirklichen Gebäude bilden künftig die Energieverbräuche ab und sollen veröffentlicht werden.

Leider findet das Facilitymanagement immer wieder Gründe, warum der Einsatz erneuerbarer Energien z.B. durch Photovoltaikanlagen technisch nicht möglich ist (Dächer zu klein, verschattet oder nicht tragfähig).

## Tempelhof nachnutzen

Wir haben uns sehr intensiv an der

Tempelhof-Kampagne beteiligt und haben einige Anträge in der BVV gestellt: Öffnung des Flugfeldes, geringfügige Bebauung, Realisierung von Fuß- und Radwegen auf dem Tempelhofer Feld und Ablehnung der Bebauung am Columbia-Damm. Diese Auseinandersetzung wird uns in den nächsten Jahren begleiten.

## Zur Zählgemeinschaft

Das Verhältnis mit der SPD ist nicht immer unproblematisch, das hat was mit dem berühmten Verhältnis zwischen „Koch und Kellner“ zu tun. Für die Zukunft sollten wir daran arbeiten, dass GRÜN im Bezirk noch stärker wird, denn ob rot-grün-rot nach des nächsten Wahl noch möglich ist, ist eher ungewiss. Heinz Wagner



Grüne Rathausfraktion bei intensiven Diskussionen, von links: Bernd Szczepanski, Heinz Wagner (Fraktionsvorsitzender), Jürgen Biele, Gabi Gebhardt, Horst Voigt und Hanna Schuhmacher. Foto: jüb



**Zur Diskussion:****Rotlichtviertel in Neukölln?  
Bürger sorgen sich um ihren Kiez**

**Rotlichtmilieu im Flughafenkiez? Diesen Eindruck konnte man gewinnen, wenn man in den letzten Wochen die Presse verfolgte. Insbesondere die Berliner Morgenpost - zuverlässiges Sprachrohr der Berliner CDU - titelte mit Schlagzeilen wie: „Rotlicht im Neuköllner Flughafenkiez“ und berichtete über Zuhälter, Prostituierte, Dealer und Schutzgelderpresser.**

Vorausgegangen war ein zunächst anonymen Brandbrief einer Anwohnerinitiative an die Neuköllner BVV, in dem sie sich über kriminelle Zustände in ihrem Wohngebiet beklagte.

Der Vorgang wurde von in der BVV vertretenen Parteien unterschiedlich bewertet. Insbesondere die CDU nahm sich des Themas an und forderte das Bezirksamt auf, dagegen vorzugehen und - wie angeblich bereits in anderen Berliner Bezirken erfolgreich praktiziert - Bordelle in Wohngebieten zu schließen. Damit bezog sich die CDU vor allem auf Charlottenburg-Wilmersdorf, wo der dortige CDU-Baustadtrat Gröhler eine harte Verbotslinie gegen Bordelle in Wohngebieten fährt. Allerdings musste er im Juni erfahren, dass das Berliner Verwaltungsgericht einer Klage des Bordells „Salon Prestige“ entsprach, wonach die Schließung nicht rechtens sei, da Prostitution nach Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes am 1. Januar 2002 nicht mehr strafbar ist, sofern keine Ausbeutung von Prostituierten stattfindet. Auch gehe nach Ansicht des Gerichts von Wohnungsbordellen nur ein geringes Störungspotenzial aus, da deren Kunden im Allgemeinen sehr auf Diskretion bedacht seien.

Baustadtrat Thomas Blesing und Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (beide SPD) sowie die SPD-Fraktion der Neuköllner BVV schlossen sich dieser Auffassung an und sehen bis heute keine Veranlassung, in der von der CDU geforderten Weise vorzugehen. Diese brachte schließlich

auf Wunsch der Anwohner, die sich inzwischen zu einem Verein „Zukunft Neukölln e.V.“ zusammengeschlossen haben, den Antrag auf Durchführung einer Einwohnerversammlung in die BVV ein.

**Auch Grüne für Einwohnerversammlung**

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Auch die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen unterstützte die Einwohnerversammlung als ein Element direkter Demokratie.

Am 25. Juni fand die Versammlung dann mit ca. 100 TeilnehmerInnen im BVV-Saal statt. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger schilderten in überwiegend sachlicher und konstruktiver Form, wie sie die Verhältnisse im Flughafenkiez wahrnehmen und welches ihre Sorgen und Probleme sind. Es wurde nicht die Schließung von Wohnungsbordellen oder die Unterbindung von Prostitution verlangt, der Protest richtete sich vor allem gegen die Begleitumstände, wie Auseinandersetzungen zwischen organisierten Banden, nächtliche Ruhestörung, Schlägereien etc.

Auch wird befürchtet, dass die konsequentere Bekämpfung der Drogenszene am Kottbusser Tor eine Abwanderung nach Neukölln nach sich zieht. Erste Anzeichen dafür sind zu erkennen. Für die Grünen ergeben sich daraus verschiedene Schlussfolgerungen:

**Erstens:** Wenn Prostitution nicht mehr strafbar ist, müssen auch Folgegesetze wie z.B. die Bauordnung oder die

Gewerbeordnung angepasst werden.

**Zweitens:** Prostituierte müssen vor Ausbeutung durch Zuhälter(banden) und Kunden sowie gegen schlechte Arbeitsbedingungen geschützt werden.

**Drittens:** Nicht hinnehmbare Begleitumstände wie Menschenhandel, oder auch Schutzgelderpressung sowie Bandenauseinandersetzungen sind dabei konsequent zu bekämpfen.

**Viertens:** Drogenkriminalität darf sich nicht durch konsequentes Vorgehen andernorts nach Neukölln verlagern, sondern ihr muss durch Hilfsangebote, Arbeit mit Betroffenen und flankierende Gesetzgebung begegnet werden.

Die Grünen haben mehrfach darauf hingewiesen, dass sie nicht für ein Verbot von Wohnungsbordellen zu haben sind, da diese den Frauen eine weitgehend selbstbestimmte Ausübung der seit 2002 legalen Prostitution ermöglichen können. So wichtig uns das Thema Lebensqualität in den Kiezen ist, dürfen überkommene Moralbegriffe, wie sie anscheinend die Aktivitäten des Charlottenburger CDU-Baustadtrats bestimmen, nicht Richtlinie unseres Handelns sein.

**Legale Prostitution nicht kriminalisieren**

Allerdings darf die Legalisierung von Prostitution nicht dazu führen, dass kriminelle Banden die Gesetze für ihre finsternen Machenschaften ausnutzen. Die Erfahrung zeigt, dass es für AnwohnerInnen nicht immer leicht ist, durch Anzeigen von Straftatbeständen zur Verfolgung der Straftäter beizutragen. Oftmals dauert es lange Zeit, bis die personell unterbesetzte Polizei am Tatort erscheint, so dass die Beteiligten längst verschwunden sind. Dies gilt vor allem in der Nacht, wenn



Engagiert und teilweise hitzig wurde über die Probleme im Flughafenkiez diskutiert.

Foto: jüb

die Anzeigenden bis zu einer Stunde auf eine Polizeistreife warten müssen. Da findet man sich oft zähneknirschend mit Lärm und Geschrei ab, in der Hoffnung, die unterbrochene Nachtruhe bald fortsetzen zu können. In einigen Fällen trauen sich die Belästigten auch nicht, Anzeige zu erstatten, weil sie Angst vor Rache haben.

Nach wie vor ist offenbar mit Geschäften auf der Grenze zwischen Legalität und Illegalität viel Geld zu machen.

**Zusammenarbeit tut not**

Wir meinen, dass zunächst eine sachliche Bestandsaufnahme vorgenommen werden muss. AnwohnerInnen, Polizei, HauseigentümerInnen, Bezirksamt und Quartiersmanagement müssen sich zusammensetzen, um alle notwendigen Informationen zu sammeln.

Besonders wichtig ist dabei auch die Zusammenarbeit mit Prostituierten-Organisationen, um Frauen über ihre Rechte und Hilfsangebote zu informieren und ihnen selbstbestimmtes Arbeiten unter akzeptablen Umständen zu ermöglichen.

Anschließend können dann konkrete Maßnahmen entwickelt werden. Der BVV sollte in regelmäßigen Abständen, erstmals Ende 2009, über die jeweilige Situation berichtet werden, damit - auch unter Beteiligung von AnwohnerInnen - weitere Schritte diskutiert und beschlossen werden können, um die Lebensqualität in unseren Kiezen zu verbessern.

Bernd Szczepanski

**Der springende Punkt:  
Job-Point Neukölln**

Wenn das kein Grund zum Feiern war: Der Job Point in der Neuköllner Karl-Marx-Straße 131-133 feierte kürzlich seinen „einmillionsten“ Besucher. Seit immerhin sieben Jahren ist der „Point“ Anlaufstelle für Arbeitssuchende, die sich hier über Stellenangebote informieren können. Und das kostenlos, und



Foto: jüb

wenn gewünscht, gibt es auch Beratungsgespräche.

Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) nannte die Einrichtung in einer kurzen Feierstunde „eine Erfolgsgeschichte“. „Neukölln weiß halt, wie Arbeitsvermittlung gemacht wird: Unbürokratisch, unkompliziert und kundenorientiert“, gibt er in gewohnt bescheidener Art zum Besten. Dabei ist der Erfolg der Einrichtung „wahrhaft bescheiden“ zu nennen, denn einer Million Besucher stehen „nur“ 30.000 tatsächliche Stellenvermittlungen gegenüber, bei allerdings auch „nur“ 80.000 angebotenen Stellen. Eine solche Einschränkung will jedoch Konrad Tack, Leiter des Jobcenters Neukölln, nicht gelten lassen: Das gelte nur, „wenn man es negativ sehen will“. Das wollten die feiernden Job-Point-Gäste natürlich nicht.

Wie die „einmillionste“ Besucherin, Monika Highsmith, die Erfolgsbilanz des Job-Points Neukölln beurteilt, ist nicht überliefert, wenn man von der Übergabe eines Einkaufsgutscheines durch die Point-Geschäftsführerin Ingrid Steinhagen absieht. Die so Geehrte sucht seit drei Jahren einen Arbeitsplatz!

Das Projekt „Job-Point“, den „jobbutikken“ in vielen dänischen Städten nachempfunden, wird aus Mitteln des Jobcenters Neukölln sowie der Agentur für Arbeit und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales finanziert.

jüb

zugesagt hatte, das Feld am Ostburger Weg zu erhalten. Nun verhandelt sie mit dem Bezirk Neukölln und wird wohl den Verheißungen des Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky erliegen. Sie wird zum zweiten Mal innerhalb einer Generation wortbrüchig. Die Rudower sind zutiefst enttäuscht. Aufrufe zu Kirchenaustritten werden lauter....

Bürgerinitiative Rudow e.V.

**Rudower Feld soll für Clay-Sekundarschule erhalten  
Bürgerinitiative macht Front gegen Bezirkspläne**

**Der Bezirk Neukölln (in Gestalt des Bürgermeisters Heinz Buschkowsky und seines Schul-Stadtrats Wolfgang Schimmang, beide SPD) plant einen neuen Coup: „Campus Rudow“. Geopfert werden soll dafür ein Feld zwischen Ostburger Weg und Neuhofer Straße, das bislang Bestandteil eines örtlichen Grünzuges zwischen der Landesgrenze und Neudecker Weg im Zentrum Rudows war.**

1200 Schüler sollen zu den bereits vorhandenen 400 Schülern der Michael-Ende-Grundschule auf diesen Standort konzentriert werden. Wer die gegenwärtige Straßen- und Verkehrssituation kennt, kann diese Planung schon allein aus diesem Grund nur als kompletten Irrsinn abtun.

„55.000“ Rudower brauchen eine wohnortnahe Sekundarschule, - ein Ruf, in den auch der schulpolitische Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Sascha Steuer, mit Freuden einstimmt. Dagegen kann man nicht sein, - doch näher betrachtet offenbart sich hier der nächste Irrsinn. Von den umliegenden Grundschulen (Michael Ende, Schliemann, Matthias Claudius und Rose Oehmichen) wollen nur ca. 60 Schüler im kommenden Schuljahr die Clay-Schule besuchen, (so z.B. von 100 abgehenden Schülern der Schliemann-Grundschule nur 10), und das, obwohl die Clay-Schule an ihrem jetzigen Standort im Bildhauerweg doch nah erreichbar ist. Hat die Schule etwa einen schlechten Ruf? Insgesamt kommen über 40

Prozent der gesamten Clay-Schüler schon jetzt nicht aus Rudow. Selbst von den Rudower Schülern kommen sehr viele aus dem Bereich nördlich der Stubenrauchstraße (Rudow reicht vom Efeuweg bis zur Johannisthaler Chaussee - Ernst Keller-Brücke!).

**Alter Standort sinnvoller, auch für Steuerzahler**

Da wäre doch der alte Standort an der Lipschitzallee viel zentraler und sinnvoller. Hier hatte die Clay-Schule früher ihren „Sitz“, bis sie in den 1990er Jahren wegen hoher Asbestbelastung „stillgelegt“ werden musste und am Bilhauerweg einen neuen provisorischen Standort erhielt...

Für den Steuerzahler wäre die Rückkehr der Clay-Schule zur Lipschitzallee auch noch viel günstiger: Sportplätze und Turnhalle sind bereits vorhanden, verkehrsgünstig erreichbar auf breiten Straßen und zwischen zwei U-Bahn-Stationen. Auf dem Rudower Feld müsste alles sehr teuer neu gebaut werden und die meisten Schüler



Foto: jüb

hätten einen wesentlich weiteren Weg. Was also treibt die oben genannten Bezirkspolitiker an? Sie argumentieren, dass es im Umkreis der Lipschitzallee später zu viele Sekundarschulen gäbe und eine davon möglicherweise schließen müsste. Vermehren sich denn Schüler auf wundersame Weise, wenn in Rudow eine Schule gebaut wird? Oder hofft man auf Zugänge aus Alt-Glienicke und verhindert damit, dass schwierige Schüler aus Nordneukölln kommen? Kommen die Zugänge der geplanten Schule von den erwarteten Angestellten des neuen Flughafens?

**Eine „feine“ Schule für den Neuköllner Süden?**

Will man eine „feine“ Schule im Süden bauen? Oder wollen sich die Politiker

mit Campus Rudow nur ein Denkmal setzen, wohl wissend, dass sie bei Fertigstellung kaum noch in Amt und Würden sein werden?

Für den Bau der Clay-Schule am heutigen Ersatzstandort für das asbestverseuchte Gebäude an der Lipschitzallee wurde 1991 in Rudow schon einmal am Bildhauerweg ein Kornfeld zerstört. Soll sich das wiederholen? Die Bürgerinitiative Rudow, die einst treffend „Rettet Rudows Felder“ hieß, wurde in einer eindrucksvollen Versammlung am 9. Juli reaktiviert und läuft dagegen Sturm.

Heftigst kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die evangelische Kirchengemeinde Rudow, die in der Vergangenheit wiederholt



# Grüner New Deal für Arbeit

## Zum grünen Gesellschaftsvertrag

**Welche Aussagen macht der Grüne Gesellschaftsvertrag in Bezug auf Beschäftigung? Was ist darüber hinaus denkbar?**

Ein „Weiter so!“ kann und soll es nicht geben, eine Aussage die man in diesen bewegten Zeiten immer wieder hört. Auch die Grünen greifen diese Forderung in ihrem Wahlprogramm auf. Sie nennen es selbstbewusst den „Grünen Neuen Gesellschaftsvertrag“ und versuchen, die Problemfelder Klima, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit zusammen zu denken. Eine Herkules-Aufgabe mag da manch einer denken.

Schaut man auf unseren Bezirk Neukölln, so ist sicherlich das Problemfeld Arbeit eines der brennendsten Themen, für welches nicht erst seit Krisenzeiten nach Lösungswegen gesucht wird. Die Statistik gibt für Neukölln derzeit eine Arbeitslosigkeit von 19 Prozent an – die höchste in Berlin. Rund 27.000 Menschen sind ohne Arbeit, nicht eingerechnet Ein-Euro-Jobber oder Menschen, die zusätzlich zu ihrem Verdienst aus einem regulären Beschäftigungsverhältnis „aufstocken“ müssen. Ein „Weiter so!“ kann es hier nicht geben.

Konjunkturprogramme, wie sie aktuell in atemberaubender Geschwindigkeit aufgelegt werden, können kurz- bis mittelfristig Abhilfe schaffen. Nach Neukölln fließen aus dem Konjunkturprogramm II in den nächsten beiden Jahren insgesamt zusätzlich 14 Millionen Euro, die vor allem für die energetische Sanierung von

Schulen, die Renovierung von Kitas und Lärm mindernden Straßenbau eingesetzt werden. Die insgesamt 54 Maßnahmen in Neukölln haben ihren Schwerpunkt in der Energieeffizienz und Lärminderung.

Die Abwrackprämie ist sicherlich keine zukunftsweisende Konjunkturmaßnahme und sorgt nur kurzzeitig für eine hohe Nachfrage nach einem ökologisch fragwürdigen Produkt. Nach Meinung der Bündnisgrünen sind Investitionen in Bildung, Betreuung, Gebäudesanierung und Energieeffizienz das adäquatere Mittel auch im Hinblick auf Beschäftigung.

### Grüne Grundsicherung

Die Grünen verständigten sich zudem auf eine „grüne“ Grundsicherung: Anhebung des ALG II auf 420 Euro, Erhöhung des Kindergeldes, Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Mindestens 7,50 Euro die Stunde sollen sicherstellen, dass

man auch in Neukölln ein würdiges Auskommen hat. Mittelfristig möchten die Grünen deutschlandweit 400.000 Stellen im sozialen Bereich schaffen. Gerade bei uns gibt es genug zu tun: Stadtteilarbeit, kommunale Kulturarbeit, Unterstützung älterer Menschen, Assistenz in Kitas und Schulen. Arbeit, die oft ehrenamtlich gemacht wird, für unser Leben aber unentbehrlich ist.

Nur wer Arbeit hat, ist gesellschaftlich anerkannt. In einer postindustriellen Gesellschaft müssen wir uns langfristig jedoch an den Gedanken gewöhnen, dass es Vollbeschäftigung für jeden nicht mehr geben kann. Noch sprechen sich die Grünen nicht für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Die Grüne Jugend macht es vor und sieht im Grundeinkommen dagegen die Möglichkeit, das alte, arbeitszentrierte Gesellschaftsbild abzulösen. Nicht mehr die Zahl der Arbeitsplätze wird ein Indikator für die Wirtschaftskraft eines Stadtbezirks sein. Viel entscheidender wird doch die Frage sein, ob die Arbeit gesellschaftlich und ökologisch sinnvoll ist. Eine Entwicklung, die für den „Problembezirk Neukölln“ neben Herausforderungen auch viele Chancen bietet.

Jakob Noack und Heinz Wagner



...und Guido Westerwelle ist Außenminister!

Bloß das nicht, dann besser Briefwahl!!

## Gleichbehandlung in Bildung und Beruf: Chancen und Perspektiven

Fast 20 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss.

Mehr als 35 Prozent der ausländischen Jugendlichen verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung.

Die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern liegt mit mehr als 20 Prozent doppelt so hoch wie die der Gesamtbevölkerung.

Faulheit? Disziplinlosigkeit?

Wohl eher ein deutliches Indiz für die fehlende Chancengleichheit in einem Land, das sich mit Gleichbehandlung noch immer sehr schwer tut.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen starke, emotional getragene Vorbehalte gegenüber Ausländerinnen und Migrant/innen in weiten Teilen der Gesellschaft, die in bestimmten Milieus schnell in Hass gegenüber Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe umschlagen können.

Nur 1 Prozent der fast 750.000 Lehrerinnen und Lehrer hat selbst einen Migrationshintergrund.

Das nicht zuletzt auch auf Initiative der Grünen vor drei Jahren in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), bietet den Opfern von Diskriminierungen erstmals die Möglichkeit, sich gegen Benachteiligungen gerichtlich zur Wehr zu setzen. Doch gerade gegenüber strukturellen Diskriminierungen ist der/die Einzelne oft machtlos, auch deshalb, weil sich die CDU bis heute gegen die Einführung eines Verbandsklagerechts sperrt.

Im Rahmen einer Veranstaltung – Film und Podiumsdiskussion – will die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Migration von Bündnis 90/Die Grünen mit Berlinerinnen und Berlinern darüber diskutieren, welche Möglichkeiten und Perspektiven das AGG im Kampf für eine Antidiskriminierungs-Kultur enthält, welche Verbesserungen notwendig sind und wie bestehende Blockaden auch mit anderen Mitteln aufgelöst werden können.

Susanna Kahlefeld



Der Berliner Senat hat trotz zahlreicher Kritik noch immer kein schlüssiges Konzept für die Nachnutzung und Öffnung des ehemaligen Tempelhofer Flugfeldes vorgelegt.

Trotzdem sollen mit der Änderung des Flächennutzungsplans jetzt Tatsachen geschaffen werden - obwohl der

Architekturwettbewerb selbst nach offizieller Lesart enttäuschend verlaufen ist. Am Columbiadamm soll eine Bebauung entstehen, die sich nicht nur auf das ehemalige Flughafengelände erstreckt, sondern auch Flächen an der Lilienthal- und Züllichauer Straße einbezieht. Selbst Teile der Hasenheide

sind in Planungsvarianten einbezogen. Da hört für die NeuköllnerInnen der Spaß auf.

Wir lehnen die Planungen als überdimensioniert und verfrüht ab.

Zudem ist unklar, ob und wo dringend benötigte soziale Infrastruktur geschaffen werden soll - stattdessen sollen bestehende Sportflächen überbaut werden. Auch von Bürgerbeteiligung haben wir eine andere Vorstellung als der rot-rote Senat, der übereilt Fakten schaffen will.

Unsere Ablehnung bezieht sich dabei ausdrücklich auf die Planungen am Columbiadamm - die grundsätzliche Verkleinerung der Baufläche etwa an der Oderstraße und das damit verbundene Mehr an Grün, wie aus der Planung ersichtlich, findet unsere ausdrückliche Zustimmung.

## Zum Tod von Barbara Oesterheld

Unbestechlich, Kreuzberg, grün - so stand es auf einem ihrer Wahlplakate und so war Barbara Oesterheld tatsächlich. Es mag abgedroschen klingen, aber Barbara machte Politik, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. In Kreuzberg, in Berlin und in der Welt. Die große Politshow war ihre Sache nicht. „Ich versuche, durch Inhalte zu überzeugen, nicht durch Spektakel“, hat sie einmal gesagt. Mit dieser Haltung wurde Barbara dreimal direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt, sie war die erste direkt gewählte grüne Abgeordnete bundesweit. Dass ihr das gelingen konnte, lag auch an ihrer ganz besonderen Verbundenheit mit ihrem Bezirk, mit Kreuzberg. Hätte man Barbara Oesterheld als gebürtige Berlinerin bezeichnet, sie hätte mit einem Lächeln widersprochen. Sie war durch und durch Kreuzbergerin, in Kreuzberg geboren und bis zu ihrem Tod dort zu Hause. Die Soziologin liebte die Kreuzberger Mischung, die Offenheit und

Toleranz, die durch den Zuzug von MigrantInnen, von „westdeutschen“ Wehrdienstflüchtlingen, von Studierenden, von Lesben, Schwulen und



KünstlerInnen entstanden ist und die den Bezirk weit über Berlin hinaus bekannt und berühmt gemacht hat. Deshalb fühlte sich Barbara Oesterheld in Kreuzberg wohl und kämpfte dafür, dass Kreuzberg für alle lebens- und liebenswert bleibt.

Barbara Oesterheld saß für die bündnisgrüne Fraktion von 1995 bis 2006 im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie war zuständig für die Bau- und Wohnungspolitik, IT und Verwaltungsreform. Es ist ihr zu verdanken, dass der Berliner Bankenskandal aufgedeckt wurde. An seiner Aufarbeitung war sie maßgeblich beteiligt. Ihre profunden Kenntnisse zeigte sie regelmäßig in ihren kritischen Zeugenbefragungen im Banken-Untersuchungsausschuss, dem sie von 2001 bis 2006 angehörte. Zu den Wahlen 2006 trat sie nicht mehr an. Als Landesvorsitzende setzte sie ihr Engagement für grüne Politik jedoch fort, bis die Krankheit sie zur Aufgabe dieses Amtes zwang. Barbara Oesterheld war eine beherzte Kämpferin. Ihren letzten Kampf gegen den Krebs konnte sie nicht mehr gewinnen. Sie ist nur 57 Jahre alt geworden.

Wir sind sehr traurig.

Der Neuköllner Stachel

### Einladung zu Film und Podiumsdiskussion

Am 10. September 2009, 18 Uhr in der Alten Feuerwache, Axel-Springer-Straße 40/41, 10969 Berlin.

Vor der Diskussion zeigen wir einen Film der Regisseurin Elisabeth Pricken, 2009 entstanden in Kooperation mit der Beratungsstelle für Frauen „Uğrak“ in Neukölln.

19 Uhr Beginn der Podiumsdiskussion mit

- Wolfgang Wieland, MdB
- Monika Herrmann, Stadträtin für Jugend in Kreuzberg
- Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Direktorin des Wissenschaftszentrums Berlin (angefragt)
- Nuran Yigit, Antidiskriminierungs-Netzwerk Berlin
- Alexander Klose, Lehrbeauftragter der TU Berlin

Moderation: Dr. Susanna Kahlefeld, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln

Veranstalterin: LAG Migration von Bündnis 90/Die Grünen (Berlin). Der Eintritt ist frei.

## Neukölln soll grüner werden - mit einem Plakat vor Deiner Haustür

**Bekanntlich ist Wahlkampf, und das heißt: Neukölln soll grüner werden. Du kannst dabei helfen, dass wir Grüne in den nächsten Wochen auch in Neukölln gut sichtbar sind. Verhindere schwarz-gelbe Plakatierungsorgien vor Deiner Haustür, ärgere politisch fehlgeleitete NachbarInnen oder gönne den Gästen Deines Lieblingscafés einen hübschen Anblick vor der Tür: **Spende ein Plakat!****

**Das geht ganz einfach: Sag' uns, wo es in Deiner Umgebung an Grün fehlt und wir hängen gegen eine kleine Spende von nur 10 Euro ein DIN A1-Doppelplakat („Sandwich“) auf. Auf die eine Seite kommt das**

**Motiv Deiner Wahl, auf die andere Seite unsere Kandidatin: Für Neukölln Anja Kofbinger! Anruf in der Geschäftsstelle: 67 12 08 12**





# Deutsche Bahn fährt mit Höchstgeschwindigkeit am Fahrgast vorbei

Eine Analyse von Michael Cramer, MEP

**Das Chaos der Berliner S-Bahn ist ein weiterer Beleg: Der Kurzstreckenverkehr wird vernachlässigt. Kunden gewinnt man so nicht. In Europa gibt es zwei Eisenbahnsysteme, die beide von sich behaupten, in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt zu haben: Die SBB in der Schweiz und die SNCF in Frankreich. Während die Schweizer die Konkurrenz mit dem Auto ins Visier genommen haben, wollen die Franzosen den Airlines die Kunden abjagen...**

Die Schweizer verzichteten auf die Höchstgeschwindigkeit und proklamierten „so schnell wie nötig“, wobei sie für die Verbindung der Fahrgäste von Haus zu Haus immer ein besonders waches Auge hatten. Die Franzosen wollten von A nach B „so schnell wie möglich“ und bauten die neuen Bahnhöfe auf der grünen Wiese, damit ihre TGV beim Durchfahren der Städte keine Zeit verlieren. So haben von den zehn neuen TGV-Bahnhöfen gerade mal zwei einen Schienenanschluss an das bestehende Netz, die übrigen acht sind nur über die Straße erreichbar. Den Kampf gegen die Airlines hat die SNCF gewonnen. Zwischen Paris und Lyon wird ebenso wenig geflogen wie zwischen Paris und Brüssel. Den Kampf um die Fahrgäste im Nahverkehr allerdings hat sie gar nicht erst aufgenommen und deshalb gegen das Auto verloren.

## Intelligenz statt Beton

Die Schweizer aber haben doppelt gewonnen. Wegen der hohen Fixkosten sind Schienenstrecken nämlich nur dann rentabel, wenn sie gut ausgenutzt sind. Und ein kleines Stück vom großen Kuchen Autoverkehr ist eben mehr als ein etwas größeres vom - zahlenmäßig gesehen - kleinen Luftverkehr. Mit dem integrierten Taktverkehr ohne Höchstgeschwindigkeit wird in der Schweiz pro Einwohner doppelt so viel Bahn gefahren wie in Deutschland. Welchen Kurs verfolgt die DB AG nun

unter ihrem neuen Chef? Fährt Rüdiger Grube weiter in der französischen Spur à la Hartmut Mehdorn oder setzt er auf Schweizer Intelligenz statt Beton? Wie sehr sich die Landschaft im Eisenbahn-Fernverkehr verändert hat, zeigt sich beispielsweise im Land Brandenburg. Dort hielt im Jahr 1999 noch 400 Fernzüge pro Tag. Heute, zehn Jahre später, sind es nur noch 100. Und Brandenburg ist keine Ausnahme. Die InterRegio wurden abgeschafft, die InterCity-Züge zum großen Teil durch die ICE-Züge ersetzt. Durch die Aufschläge und auch durch die jährlichen Fahrpreiserhöhungen um insgesamt 24,3 Prozent seit 2004 wurde das Bahnfahren in Deutschlands Fernverkehrszügen aber nicht nur erheblich verteuert. Es wurde durch das erzwungene mehrfache Umsteigen auch unbequemer. Zudem verlängerte sich die Fahrzeit - sofern man nicht in den Genuss einer Direktverbindung kam. Das Gesamtangebot des Fernverkehrs auf dem deutschen Netz liegt heute unter dem von 1994, obwohl seither 50 Milliarden Euro in die Schiene investiert wurden. Auch wenn mit dem neuen Bahnchef Rüdiger Grube erneut kein „Bahner“ an die Spitze des Unternehmens aufgerückt ist, könnte ihm seine Vergangenheit als Daimler-Manager dennoch helfen. Navigationssysteme in Autos berechnen schließlich die Wege vom Abfahrtsort zum Zielpunkt und nicht nur den Teil auf der Autobahn. Die alte Logik, die Fahrzeit

zwischen Berlin und Hamburg ohne Rücksicht auf die Fahrgäste auf 90 Minuten zu verkürzen, ist allenfalls für die Statistik ein Mehrwert. Denn für mehr als eine Million Bahnkunden, die vorher in Berlin-Spandau oder am Bahnhof Zoo ein- und aussteigen konnten, hat sich die Fahrt von und zum Berliner Hauptbahnhof um etwa 30 Minuten verlängert.

## Auf falscher Fährte

Wie fixiert die Bahnspitze auf diese falsche Fährte setzt, zeigt sich aktuell auch dadurch, dass sie selbst dann einen Fernverkehrs-Halt im Bahnhof Zoo verweigert, wenn der S-Bahn-Verkehr im Berliner Innenstadtbereich zusammenbricht. Dieses Beispiel ist leider kein Einzelfall, es demonstriert nur die falsche Punkt-zu-Punkt-Philosophie. In der Schweiz stecken die Eisenbahnplaner ihre Energie vor allem in vertaktete Fahrpläne, um die Umsteigezeiten zu verkürzen, und ziehen ihre Bürger damit erfolgreich in die Bahn. In Deutschland müssen Bahnchef und Verkehrsminister, die jahrelang in ihrer Höchstgeschwindigkeits-Strategie ein Herz und eine Seele waren, das Verhältnis von Fern- und Regionalverkehr wieder ins Lot bringen. Bisher gehen nämlich 80 Prozent der Investitionen in den Fernverkehr - eine Priorisierung, die an den wahren Wachstumsfeldern der Bahn vorbeifährt.

## Schneller durch Vertaktung

Seit 15 Jahren stagniert der Anteil des Fernverkehrs bei 7 Prozent. Die ermittelte Wachstumsrate zwischen den Jahren 1993 und 2006 liegt aber im von Bundespolitik und Bahnspitze stiefmütterlich behandelten Nah- und Regionalverkehr bei 48 Prozent. Der Kurzstreckenverkehr wird ver-

nachlässigt, um die unrentablen Hochgeschwindigkeitsstrecken zu finanzieren. 84 Prozent der Stationsentgelte und 64 Prozent der Trassenpreise werden durch Regional- und Nahverkehrszüge erzielt, ohne dass die dafür zahlenden Bundesländer Einfluss auf die Preisgestaltung und die Investitionsentscheidungen haben. Allein bei der Berliner S-Bahn - sie und nicht die ICEs finanziert den neuen Hauptbahnhof in Berlin - wurden in den vergangenen Jahren zweistellige Millionenbeträge abgeschöpft.

2010 sollte es mit 125 Millionen Euro sogar ein dreistelliger werden. Bahnchef Grube muss klar analysieren, mit welchen Investitionen die größten Erfolge erzielt werden. Eine bessere Vertaktung von Regional- und Fernverkehr bringt dabei größeren Zeitgewinn für die Kunden als ein mit Milliardeninvestitionen um fünf Minuten beschleunigter Zug. Gleiches gilt auch für Prestigeobjekte, die noch immer nicht ad acta gelegt wurden, zum Beispiel Stuttgart 21. Denn auch die Milliarden für die Versenkung des Stuttgarter Bahnhofs in den Untergrund werden Deutschlands Bahn nicht voranbringen. Abermals soll dort das Geld vergraben werden, dass andernorts für eine effiziente Bahn benötigt wird.

Stattdessen würden ein paar kluge Navigatoren beim Gestalten des Fahrplans in Verbindung mit der Beseitigung von Engpässen und Lückenschlüssen der Bahn, den Quantensprung bringen, den sich die Steuern zahlenden Bahnkunden von ihren Milliardeninvestitionen seit langem erwarten.

## Zitat:

**Eine bessere Vertaktung von Regional- und Fernverkehr bringt mehr als ein mit Milliardeninvestitionen beschleunigter Zug.**

## Falsche Bahnpolitik zu Lasten der Fahrgäste

**Die Berliner S-Bahn und ihre Schieneninfrastruktur sind ein Paradebeispiel dafür, wohin die verfehlte Bahnpolitik der Großen Koalition auf Bundesebene und ein vom Senat schlecht ausgehandelter Verkehrsvertrag führen: Bund und Land lassen sehenden Auges zu, wie die Berliner S-Bahn GmbH ihre Infrastruktur auf Verschleiß fährt. Laut Bundesregierung verfügt das Land Berlin aufgrund öffentlicher Investitionen in die Schienenwege in Höhe von 4,8 Milliarden Euro (1994-2008) über „die beste Schieneninfrastruktur, die es je hatte“. Trotzdem machen unpünktliche und überfüllte Züge die S-Bahn-Fahrt für viele zur Qual, weil die S-Bahn bei Unterhalt und Wartung spart. Der Bund kontrolliert nicht, ob und wie die S-Bahn GmbH den mit Bundesmitteln hergestellten Zustand des Schienennetzes des Berliner S-Bahn-Systems durch Wartungsmaßnahmen auch aufrechterhält.**

**Der Senat hat im Verkehrsvertrag mit der Berliner S-Bahn GmbH viel zu geringe Strafzahlungen bei unzureichender Leistung festgelegt. Das kommt einer Einladung an die S-Bahn gleich, das Unternehmen zugunsten des Börsenganges der DB-Konzernmutter bis an die äußerste Schmerzgrenze auszupressen: Verkürzte Züge, Einsparungen bei Investitionen und Wartungsarbeiten sowie Fahrzeugverschrottungen sind die Folge. Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, nicht nur Milliarden in eine moderne Schieneninfrastruktur zu pumpen, sondern als Eigentümerin der Deutschen Bahn AG auch durchzusetzen, dass diese Milliarden den Fahrgästen bestmöglich zugute kommen.**

Presseerklärung von Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus

# Auto-Verkehr beruhigen und vermeiden!

**Das Jahrhundert des Autos ist vorbei. Auch wenn es autofixierte PolitikerInnen und VerkehrsplanerInnen nicht wahrhaben wollen (von der Automobilindustrie und dem ADAC ganz zu schweigen), wächst die Zahl der Menschen, die einen grundlegenden Wandel des Mobilitätsverhaltens für unabdingbar halten.**

Berlin erstickt in Verkehr, Lärm und Abgasen - und das, obwohl die Autodichte mit ca. 330 Kfz je 1000 EinwohnernInnen weit unter den Verhältnissen anderer deutscher und europäischer Städte liegt (Prag 660, München 590 Autos je 1000 EinwohnerInnen, der deutsche Durchschnitt liegt bei 566, Quelle: ACEA). Die verzweifelten Versuche des Berliner Senats, mit manchmal nur wenige Meter langen Tempo-30-Abschnitten den Autolärm zu reduzieren, haben sich als wirkungslos erwiesen. Wie das Beispiel der Karl-Marx-Straße zwischen Thomasstraße und Uthmannstraße beweist, denken AutofahrerInnen nicht im Traum daran, den Fuß vom Gaspedal zu nehmen - schließlich sind Kontrollen ohnehin nicht zu befürchten.

Die Einführung von Tempo-30-Zonen, unter scharfem Protest von ADAC, CDU und FDP, wurde auch maßgeblich gefördert durch die grüne Stadtentwicklungssenatorin Michaela

Schreyer während einer kurzen „rot-grün-Phase“ im damaligen Westberlin. Auf Initiative von BürgerInnen waren ganze Wohngebiete in Tempo-30-Zonen umgewandelt worden. Nach dem Ende der folgenden CDU-Regierung (die über 20 Tempo-30-Zonen wieder abgeschafft hatte!) wurde der Ausbau von 30er-Zonen fortgesetzt und inzwischen gilt nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Tempo 30 auf 72 Prozent aller Berliner Straßen. Dort sind die Unfallzahlen gegenüber Hauptstraßen um durchschnittlich 40 Prozent gesunken. Dennoch können konservative Politiker oder etwa ADAC-Sprecher Walter Müller nicht aufhören, sich über „Fahrverbote und maßlose Ausweitung von Tempo-30-Zonen“ (2008) zu erregen. Kritisch muss man anmerken, dass Tempolimits in Berlin sich meist so auswirken: Bei Tempo 10 wird in der Regel 30 km/h gefahren (siehe verkehrsberuhigter Bereich am Richardplatz), in 30er-Zonen fährt man 50 km/h und

bis zu 70 km/h auf Hauptstraßen. Geschwindigkeitskontrollen sind also unerlässlich, wenn Tempobegrenzungen Wirkung entfalten sollen.

Esführt kein Weg an einer ursprünglichen Forderung der Grünen vorbei, in der Stadt flächendeckend Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit festzusetzen und lediglich wenige Straßen (z.B. am Stadtrand) mit Tempo 50 oder auch verkehrsberuhigte Bereiche gesondert auszuzeichnen.

Der effektivste Weg der Verkehrsberuhigung bleibt jedoch die Verkehrsvermeidung. Diese führt keineswegs zwangsläufig zu einer Einschränkung von Mobilität. Fachgeschäfte im Wohnviertel oder das Kaufhaus im Zentrum der Stadt müssen KundInnen vom „Shopping-Center“ am Stadtrand zurückerobert, kurze Wege alle Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen verbinden, am Besten zu Fuß. Unsere Straßen sollen wieder attraktiv und sicher werden für Fußgänger, denn seit einigen Jahren steigt die Zahl verletzter oder getöteter älterer Menschen!

Die Verkehrswende erfordert den stetigen Ausbau eines bezahlbaren öffentlichen Nahverkehrs (z.B. der Tram zum Hermannplatz),



Verkehrsberuhigung mal anders, wie hier in Istanbul; Kein Vorbild für Neukölln, oder??

Foto: B. Szczepanski

eine Einschränkung der privaten Kfz-Nutzung, den Ersatz des eigenen Fahrzeugs durch „Car-Sharing-Systeme“ und natürlich die Förderung des umweltfreundlichsten aller rollenden Verkehrsmittel, des Fahrrads. Das Neuköllner Instandsetzungsprogramm für unzulängliche Radwege ist sehr ambitioniert und schafft auch manche Verbesserung, am Sichersten sind RadfahrerInnen nach neueren Erkenntnissen der Unfallforschung jedoch auf der Straße, wo sie von AutofahrerInnen besser gesehen werden und dadurch tödliche Unfälle z.B. durch rechts abbiegende Fahrzeuge verhindert werden könnten. Hier haben sich Angebotsstreifen und Fahrradschutzstreifen auf der Fahrbahn besser bewährt.

Der geplante Umbau der Karl-Marx-Straße soll diese Ziele erreichen, andere Straßen müssen folgen, vor allem Sonnenallee und Hermannstraße, aber auch die großen Verkehrsadern

im Süden des Bezirks. Dort ist es lebensgefährlich, sich mit dem Fahrrad in den Verkehr zu stürzen, weshalb leider immer mehr RadfahrerInnen Gehwege benutzen und damit FußgängerInnen gefährden.

## Unser Fazit:

Umwelt- und menschengerechte Verkehrspolitik in Neukölln bedeutet das Bohren dicker Bretter und muss sich gegen vielfache Widerstände behaupten. Unsere gute Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und Organisationen wie z.B. BUND und ADFC werden wir konsequent fortsetzen, ebenso mit Bürgerinitiativen, die sich für eine Verkehrsberuhigung ihrer Kieze engagieren. Schon oft haben wir Grünen mit schlüssigen und sachorientierten Konzepten den Weg gewiesen und es bleibt zu hoffen, dass wir unsere Vorstellungen nach der nächsten Wahl auch in unserem Bezirk noch besser und wirksamer umsetzen können.

Bernd Szczepanski



5. Offene Afrika-Fußballmeisterschaft

Zwei Tage spannende Spiele, viel gute Laune und Musik

Zum fünften Mal fand in diesem Jahr vom 4. bis 5. Juli die Offene Afrika-Fußballmeisterschaft in Neukölln statt: 12 Freizeitmansschaften, die für ihre afrikanischen Heimatländer antreten, kämpften um den Baobab-Wanderpokal und einen Fairplay-Preis. Gäste waren auch wieder das Polizei-Team des Abschnitts 5 sowie verschiedene Jugendmannschaften, u.a. vom FC Traber und dem English Football Club Berlin. Dabei musste das Fest diesmal unter erschwerten Bedingungen stattfinden, denn der VFB Sperber hatte gedroht „das Afrikafest kaputt zu machen“ - das Sportamt schweigt bis jetzt dazu.

Zunächst die gute Nachricht: Der Baobab-Pokal ging in diesem Jahr an die Männer aus Benin. Sie waren bei Baobab zum ersten Mal am Start. Zweiter wurden die Männer aus Kamerun, zumeist Studenten, die auch in der TU-Liga spielen. Dritter waren die Marokkaner, ein Team, das Baobab von Anfang an begleitet und mit viel Engagement die interkulturelle Idee von Baobab unterstützt. Wie in den letzten Jahren auch schon war der Platz in der Bergiusstraße zwei Tage lang voll: Nicht nur die Spiele, sondern auch die Bands und das Kinderprogramm zogen über 3.000 Besucher an. Als Ehrengäste kamen zur Eröffnung Herr Diop, Erster Sekretär der Senegalesischen Botschaft, Herr Darcozy von der Botschaft Benin, Frau Vonnekold, Stadträtin für Jugend in Neukölln, Herr Mengelkoch, der Neuköllner Integrationsbeauftragte und Herr Schulz, der Präsident des Berliner Fußballverbands. Er überreichte

einen Scheck der Kulturstiftung des Deutschen Fußballbundes für das Baobab-Kulturprogramm. Dabei waren in diesem Jahr die Voraussetzungen für ein gelungenes Fest alles andere als gut: Feindseligkeiten des VFB Sperber e.V., von denen die Veranstalter nach drei Jahren guter Zusammenarbeit drei Wochen vor dem Turnier kalt erwischt wurden, stellten das Projekt in Frage. Die Veranstalter des Turniers hatten gehofft, dass sie das Festival in Ruhe durchführen könnten, nachdem sie der „Kinderförderung“ des VFB Sperber das Recht auf den Getränkeverkauf abgetreten hatten. Leider ging es dem VFB aber offenbar nicht nur um Geld: Zur Turnieröffnung war die Mikrofonanlage weggeschlossen und keiner vom Verein erreichbar, so dass die Ehrengäste ihre Begrüßung über den Platz rufen mussten. Am Sonntag gar war beim Kindertheater plötzlich der Stecker für die benötigte

Stromversorgung „gezogen“ und nach heftigen Provokationen durch Männer des VFB Sperber gegen einige afrikanische Baobab-Mitarbeiter auf dem Platz sahen sich die Baobab-Veranstalter gezwungen, den zuständigen Polizeiabschnitt über die prekäre Lage zu informieren. Zum Glück hat das gutgelaunte Publikum von all dem nichts gemerkt.

Neukölln hat – nach dem Wedding – die größte afrikanische Bevölkerung. Und Baobab ist ein interkulturelles Integrationsprojekt, in dem besonders arabischsprachige Menschen aus Nordafrika, Englisch- und Französisch sprechende Afrikaner aus Ost und West, Angolaner aus dem Süden, in Berlin geborene AfrikanerInnen, binationale Familien sowie die vielen Berliner Afrika-Fans sich zusammen engagieren und zusammen feiern. Seit drei Jahren gibt es auch Jugendteams verschiedener Altersklassen, in denen

afrikanische Kinder und ihre Berliner Freunde gemeinsam trainieren. Die Organisationsarbeit für Baobab macht seit 2005 die FASO Initiative, unterstützt von einem Netzwerk engagierter Menschen verschiedener geografischer und sozialer Herkunft: Künstler, Sportler, engagierte Eltern und viele mehr. Seit drei Wochen wartet die FASO

Initiative auf eine Äußerung des Sportamtes Neukölln zu den Ereignissen, bei Redaktionsschluss des Neuköllner Stachel lag noch nichts vor. Klar ist: Die FASO Initiative kann Baobab weiterhin nur dort veranstalten, wo das Festival erwünscht ist und sie faire Arbeitsbedingungen vorfindet - wenn nicht in Neukölln, dann anderswo. Susanna Kahlefeld



Siegerehrung: Die Urkunden überreichte Bernd Schultz, Präsident des Berliner Fußballverbandes, assistiert vom Neuköllner Migrationsbeauftragten Arnold Mengelkoch, der Neuköllner Jugendstadträtin Gabi Vonnekold und Herrn Eme von der FASO-Initiative. Foto: Susanna Kahlefeld



Unbeeindruckt von Missstimmung: Viel Spaß beim Kindertheaterstück „Miss Wagadou“

Foto: S. Kahlefeld

ONE Deutschland stellt sich vor Eine Organisation gegen extreme Armut weltweit

Am 18. August wird beim üblichen Treffen der aktiven Neuköllner Grünen (Bezirksgruppe) Frau Alicia Blázquez Fernández erwartet, um die Lobby- und Kampagnenorganisation ONE vorzustellen.

ist die intensive Nutzung des Internet zur Sammlung elektronischer Unterschriften. Die sogenannte „klassische“ Entwicklungshilfe, inzwischen auch Entwicklungszusammenarbeit genannt, wird immer häufiger, selbst aus den Empfängerländern, nicht nur als nutzlos, sondern oft sogar als schädlich kritisiert. Der kenianische Ökonom James Shikwati meint, dass Entwicklungshilfe eine der Gründe für Afrikas Probleme und daher einzustellen sei, da die wirtschaftliche Intervention den freien Warenaustausch zwischen den Entwicklungsländern und die Herausbildung einer privaten Wirtschaft behindere. George Ayittey, der zu den bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftlern Afrikas gehört, kritisiert, dass ein großer Teil der Entwicklungshilfe, die in afrikanische Länder geflossen ist, von korrupten Eliten missbraucht wurde. Ein neues Buch von Volker Seitz mit dem Titel „Afrika wird arm regiert - ein

Plädoyer für eine radikale Änderung der Entwicklungspolitik“ kommt



gar zu dem Schluss, Milliarden an Entwicklungshilfe seien in Afrika nutzlos „verdunstet“. Im Zusammenhang mit dieser Kritik werden häufig auch die Organisation ONE oder ihre Protagonisten erwähnt als naive Weltverbesserer, die alten Konzepten anhängen, die sich längst als falsch herausgestellt haben. Frau Fernández wird hierzu sicherlich Stellung nehmen und wir können uns auf eine spannende Diskussion freuen. Martin Kupfer

Willkommen zu Hause Einbürgerungen im Rathaus Neukölln

Wieder einmal wurde die schon sprichwörtliche Vielfalt unseres Bezirkes eindrucksvoll dokumentiert: Zur Einbürgerung hatten sich mehr als 20 Migrantinnen und Migranten aus wirklich aller Herren (und natürlich Damen) Länder mit ihren Angehörigen im BVV-Saal des Rathauses eingefunden. Festlich in Neukölln willkommen geheißen wurden die

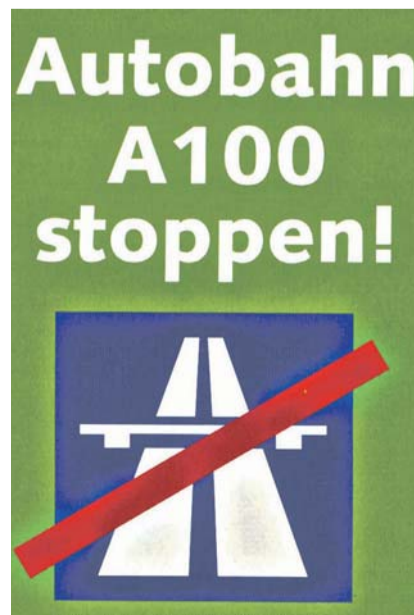


Neubürgerinnen und Neubürger von der Neuköllner Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold, in Vertretung des Bezirksbürgermeisters, und dem BVV-Vorsteher Jürgen Koglin. In ihrer Begrüßungsrede zitierte die Jugendstadträtin aus zwei Artikeln des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ und „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Diese Maximen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, betonte sie, würden nun auch zu den Rechten, wohl aber auch zu den Pflichten der Neubürger gehören. Nach der Überreichung der Einbürgerungsurkunden und dem Gesang der Nationalhymne gingen die „neuen Deutschen“ hinaus in die Neuköllner Wirklichkeit... jüb



Fotos: jüb

Subscription form for 'Neuköllner Stachel' with fields for name, address, and contact information.







Unter der Lupe

### Vogel(abge)sang Fast ein Nachruf

Als sie sich anschickte, die Stimmen für ihre Partei bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im Jahr 2001 zu sammeln, eilte ihr schon ein Zwischern voraus. Ein Vogel sang etwas von 40.000 DM aus dem Büro ihres damaligen Chefs, des Abgeordneten Dankwart Bwitt, die aus leicht undurchsichtigen Quellen in die Arme der CDU geflogen waren... Mit Zahlen ist das so eine Sache: Auch anno 2009 geisterte die Zahl 40.000, diesmal in Gestalt von Euros, um die damals-noch-Kreis-Chefin der Neuköllner CDU herum. 40.000 Euro waren von der Partei bei Sammlungen eingenommen worden, aber keiner wusste wohin! Stefanie Vogelsang wusste es auch nicht, was ihrer Partei nicht gefiel. Großes Ungemach an der Basis, und plötzlich war Vogelsang nicht mehr CDU-Kreis-Chefin, was der nicht gefiel. Sie wehrte sich beredt und öffentlich. Große Teile der Neuköllner Parteibasis beklagten Missachtung und Respektlosigkeit ihrer einstigen Chefin.

Vorwürfe, die alle in der Neuköllner BVVvertretenenParteieneinJahrzuvor der damaligen Gesundheitsstadträtin Vogelsang gemacht hatten. Damals wollten SPD, Grüne, FDP, Linke und Graue Vogelsang abwählen, weil eine „konstruktive Zusammenarbeit“ nicht mehr möglich“ war; weil sie der BVV gegenüber „Missachtung und Respektlosigkeit“ an den Tag gelegt habe und ihr „jede Reife zur Akzeptanz demokratischer Strukturen“ fehle. Damals scheiterte die Abwahl, weil die CDU sich der Abstimmung verweigerte und so „kritischen Geistern“ eine Meinungsäußerung verwehrt wurde. Diesmal stellten fünf solcher „kritischen Geister“ aus der CDU-Fraktion selbst den Antrag auf Abwahl der Stadträtin Stefanie Vogelsang. Ein einmaliger Vorgang. Und nun hatte der Abwahantrag Erfolg: Vogelsang ist nicht mehr Stadträtin! Von der eigenen Partei demontiert. Dennoch: Sie wird für die CDU für den Bundestag kandidieren, und diese CDU wird für diese Kandidatin Wahlkampf machen. Fehlt auch der Neuköllner CDU „Reife zur Akzeptanz demokratischer Strukturen?“  
Fragt Jürgen Biele.

# Des Stachels bunte Seite

## Grün deckelt Autobahn ...

## Neuer Landschaftspark eröffnet

Ein neuer Blick „nach drüben“ wiederbelebt

Am 27. Mai ist der Landschaftspark Rudow-Altglienicke nach mehrjähriger Bauzeit eröffnet worden. Wie bei solchen Anlässen üblich, wurde natürlich auch ein imaginäres Band von Prominenten durchschnitten, in diesem Fall vom Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Engelbert Lütke Daldrup, und seiner Berliner Kollegin, der Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

Als „Assistenten“ waren auch Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky und sein Baustadtrat



Am „Glienicker Fenster“



Die Herren Blesing und Buschkowsky freuen sich über den Landschaftspark, oder?



Fachsimplen über neue Radwege: „Experte“ Michael Cramer und Senatorin Junge-Reyer



Praktiker auf der neuen Piste...

Fotos: jüb

Thomas Blesing zugegen. Die Altglienicker Seite war nicht vertreten. Diese großflächige Grünanlage – sie misst immerhin 64 Hektar – verbindet Rudow mit Altglienicke. Diese Verbindung wäre eigentlich ja nicht notwendig gewesen, denn beide Ortsteile der Bezirke Neukölln und

Treptow-Köpenick grenzen ohnehin aneinander! Wenn da nicht die neue Autobahn A 113 wäre. Die hat nämlich dem ehemaligen Mauerstreifen in Sachen Grenze „den Rang abgelaufen“. Nun wurde der Mauerstreifen zum Landschaftspark, jedenfalls für den Bereich der Autobahn, der „gedeckt“

wurde. Und der durch den Bau der Autobahn entstandene erhebliche Eingriff in die Natur wird somit zu einem geringen Teil „ausgeglichen“. Entlang der A 113 nach Schönefeld kann man jetzt laufen, radeln, skaten, reiten. Hätte man früher auch gekonnt, ohne die Autobahn!  
jüb

## Neues aus Neubritz

Keine Mittel der „Sozialen Stadt“ für Neubritz, das war die Botschaft von Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) auf einer von etwa 100 BürgerInnen besuchten Podiumsdiskussion am 14. Mai in der Salem-Gemeinde. Nach Aufhebung der Sanierung am Ende des Jahres wird es kein Quartiersmanagementgebiet rund um die Wederstraße geben.

Auf der Versammlung hatte der Soziologe Daniel Förste den Abwärtstrend aus steigenden Transferzahlungen, Langzeitarbeitslosigkeit auch bei Jugendlichen sowie verstärkter Kinderarmut im nördlichen Britz wissenschaftlich bewiesen. Während der Sanierungsexperte Horst Evertz die Erfolge des Stadtumbaus hervorhob, warnte Iris Danquart vom Kinder- und Jugendhilfeverbund vor fehlenden Angeboten für Kinder und Jugendliche sowie steigender Gewaltbereitschaft. Der Sprecher der Betroffenenvertretung aus Eigentümern, Gewerbetreibenden und Mietern, Bertil Wewer, zitierte die EU-Richtlinie für die Ausweisung von Quartiersmanagementgebieten. Diese beschreibt die Defizite des Gebietes zwischen S-Bahnring im Norden, Teltowkanal im Süden sowie

Karl-Marx-Straße und Britzer Damm zutreffend. Durch die Sanierung konnten zwar städtebauliche Verbesserungen erzielt werden, aber die Probleme der Menschen selbst wurden nicht erreicht. Das wurde auch durch die Wissenschaftler um Prof. Dr. Hartmut Häußermann von der Humboldt-Universität deutlich. Sie teilen Berlin in 319 Verkehrszellen auf. Neubritz liegt auf der Grenze der Verkehrszellen Thomasstraße und Buschkrugbrücke. Diesen wurden 2007 der Rang 309 bzw. 303 zugewiesen. Das sind schlechtere Werte als im Norden Neuköllns am Reuterplatz. Doch Bezirksbürgermeister und Senatsverwaltung haben entschieden, dass „vor dem Hintergrund finanziell begrenzter Möglichkeiten“ und „intensiver Prüfung und Abwägung“ die

Priorität auf andere Gebiete im Norden Neuköllns gelegt wird. Für Neubritz ist so nur „Hilfe zur Selbsthilfe“ möglich. Dabei müssen viele kleine, unkonventionelle Maßnahmen und Strategien ein großes Ganzes bilden. Die Chancen hierfür stehen nicht schlecht, da sich hier viele soziale und gemeinnützige Organisationen angesiedelt haben und dabei Strukturen bilden, deren Potentiale genutzt werden können. So hat ein Projekt Gelder aus dem Ehrenamtsfonds für einen Raum der Kinder- und Jugendarbeit erhalten. Der Runde Tisch „Nördliches Britz“, in dem neben dem Baustadtrat auch unsere Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne) vertreten ist, konnte durch Spenden von Gewerbetreibenden erreichen, dass bis Oktober das Spielmobil der Arbeiterwohlfahrt montags auf dem Spielplatz Rungiusstraße und mittwochs im Weder-Park Station macht. Mit Unterstützung von Wohnungsbaugesellschaften legt die Bürgerstiftung Neukölln einen Schwerpunkt ihres Projekts „Neuköllner Talente“ auf die Grundschule am Teltowkanal und die Zürich-Grundschule. Dabei geht es darum,

## Damals war's ...



### ... vor 20 Jahren:

Im Oktober 1989 war im Neuköllner Stachel, Zeitung der Alternativen Liste zu lesen:

## Eine Chance vertan

1. September kein Thema für das Bezirksamt

Nach einer Vielzahl neofaschistischer, antisemitischer und ausländerfeindlicher Vorfälle beschloss das Bezirksamt schon in der letzten Wahlperiode, eine Reihe von Veranstaltungen durchzuführen, die einerseits über die Hintergründe und Ursprünge des Neofaschismus aufklären, andererseits aber auch zum Gedenken an bestimmte geschichtliche Ereignisse durchgeführt werden sollten. Eine zentrale Veranstaltung in dieser Reihe von geplanten Maßnahmen sollte eine gemeinsame Veranstaltung des gesamten Bezirksamtes zum 1. September 1989 werden - dem Tag, an dem Deutschland vor 50 Jahren mit seinem Überfall auf Polen den Krieg begann.

Allein, den großen Ankündigungen folgten keine Taten - der 1. September verging, und das Bezirksamt hatte eine große Chance vertan, auch von offizieller Seite etwas gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus zu tun.

Das ist gerade deswegen höchst verwunderlich, weil in der Zwischenzeit nicht nur die rechtsradikalen Vorkommnisse - besonders in Rudow und in der Gropiusstadt - zugenommen haben, sondern auch, weil mit der Wahl im Januar eine rechtsradikale und ausländerfeindliche Partei - die REPUBLIKANER - in die Bezirksverordnetenversammlung gekommen ist, die bisher keine positiven Anregungen für die Neuköllner Kommunalpolitik gebracht hat, sondern sich nur in ausländerausgrenzenden Beiträgen profiliert hat...  
e.k.

musische, sportliche oder künstlerische Talente von Kindern im Alter von 8 bis 12 Jahren mit Hilfe älterer Paten zu entdecken (www.neukoellner-talente.de). Die Betroffenenvertretung, Stadt & Hund sowie ehrenamtliche Paten stellen Hundekotbeutelspender auf, damit Hundehalter den Dreck ihrer Vierbeiner kostenlos beseitigen können. Am 29. September lädt das Kranold-Weder-Netz zu einem „Interkulturellen“ Frühstück auf dem Kranoldplatz ein. Im Jugendberatungshaus in der Glasower Straße wird bis Jahresende ein Raum für „herausreichende Jugendarbeit“ und andere Initiativen entstehen.  
Bertil Wewer

## Der letzte Punkt

Der rot-rote Senat verfolgt mit der Verlängerung der A 100 eine veraltete und finanziell nicht zu rechtfertigende Planung aus den 50er Jahren. Dafür muss das Land Berlin hohe Kosten tragen, u.a. für die Planung und den Kauf von Grundstücken auf der Trasse. Auch die vielen Berliner ohne Auto - das sind rund 50 % - müssen die finanziellen Lasten mit tragen. Viel Geld, das anderswo fehlt.  
**Leute wehrt Euch!**

